

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonntagen und Festtagen um 6 Uhr. Der Preis des Jahrganges beträgt 12 Mark, des Quartals 3 Mark, des Monats 1 Mark. Die Abnahme erfolgt durch den Postamt. Die Expedition befindet sich in Lübeck, Markt 11.

Die Anzeigengebühren betragen für die dreimonatliche Beizzeit oder deren Raum 15 Pf., für die einmonatliche 10 Pf., für die wöchentliche 5 Pf., für die tägliche 2 Pf. Auswärtige Anzeigen 20 Pf. Die Anzeigen werden in der Expedition abgegeben.

Nr. 17.

Freitag, den 20. Januar 1899

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 18. Januar.

Der Reichstag hielt heute den ersten Schwermetalltag ab. Der ultramontane Präsident hatte nicht den Jesuiten-Antrag auf die Tagesordnung gesetzt, sondern der konservativen Partei das Vorrecht des ersten Antrages eingeräumt. Unsere Herren Junker hielten die von ihnen ungeschickte Novelle zum Strafgesetzbuch, welche den Verrath und die Veröffentlichung von Amtsgeheimnissen unter Strafe stellt, für den wichtigsten unter ihren Initiativ-Anträgen. Und so kam der in kurzer Zeit zu recht trauriger Berühmtheit gelangte Antrag Klinkowström zur Debatte. Herr Klinkowström, ein ostelbischer Junker, der seine gesetzgeberischen Talente bisher nur im preussischen Herrenhause anzuwenden Gelegenheit hatte, führte sich mit der Begründung des Antrags heute im Reichstag ein. Er wird bei seinem ersten Debut eingesehen haben, daß hier ein anderer Wind weht wie in seiner bisherigen Domäne. Graf Klinkowström ist ein richtiger Draufgänger. Er erklärte frei und offen, daß sich der Antrag nur gegen die Sozialdemokratie richten solle. Aber gerade deshalb erlitt der Antrag ein klägliches Fiasko. Das Zentrum nahm sich gar nicht die Mühe, ein Wort dazu zu sagen. In allen übrigen Parteien mit Ausnahme der des Herrn von Stumm spürte man keine Neigung zur Schaffung eines neuen kleinen Sozialistengesetzes. Für unsere Partei fand Liebknecht Worte kräftigster Abwehr. Er verteidigte die Veröffentlichung der geheimen Erlasse im „Vorwärts“ aus Gründen des allgemeinen öffentlichen Interesses.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam der Antrag unserer Parteigenossen auf obligatorische Einführung und Kompetenz-Erweiterung der Gewerbegerichte zur Verhandlung. Genosse Zubeil begründete ihn in längeren trefflichen Ausführungen. Er bezeichnete die Gewerbegerichte als diejenige Institution, welche sich unter der Arbeiterchaft die meisten Sympathien erworben habe und führte aus seiner reichen Kenntniß der praktischen Verhältnisse den Beweis, wie dringend notwendig der Antrag ist. Besonders sein Hinweis auf die österreichische Gewerbegerichts-gesetzgebung, welche der unsrigen weit voraus ist, war interessant. — Die erste Lesung kam heute nicht zum Abschluß. Vom Zentrum und den Nationalliberalen waren Anträge gestellt worden, welche den sozialdemokratischen Antrag zwar abschwächen, doch im Großen und Ganzen prinzipiell für den weiteren Ausbau der Gewerbegerichts-gesetzgebung pläbirteten. So trug denn die Debatte einen im ganzen sachlichen und darum auch friedlichen Charakter. Nur König Stumm gab seiner Feindschaft gegen die Institution der Gewerbegerichte Ausdruck. Ihm ist es natürlich unangenehm, daß die Wahlen zu den Gewerbegerichten fast überall zu sozialdemokratischen Siegen auf der ganzen Linie geführt haben. Selbst der national-liberale Vertreter für Dortmund, Bergwerksdirektor Hillbe, fand es für notwendig, dem krassen Unternehmeregöismus eines Stumm entgegenzutreten.

Die Fortsetzung der heutigen Verathung wird über acht Tage stattfinden. Morgen steht die zweite Lesung des Etats zur weiteren Verhandlung.

12. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesraths: Lieberding. Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Verathung der von dem Abgeordneten Graf von Klinkowström (N.) und Genossen beantragten Novelle zum Strafgesetzbuch. Sie lautet: Dem Strafgesetzbuch wird vor § 353 a nachstehender Paragraph hinzugefügt:

Ein Beamter, welcher amtliche Schriftstücke, deren Geheimhaltung angeordnet ist, Anderen zur Veröffentlichung durch die Presse widerrechtlich mittheilt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft. Wer Schriftstücke, von denen er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie ihm durch eine Handlung der im Absatz 1 bezeichneten Art zugänglich gemacht worden sind, durch die Presse veröffentlicht, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft. Graf Klinkowström (N.): Mit unserm Antrag denken wir lediglich an die Veröffentlichungen der sozialdemokratischen Presse, die nur solche Erlasse publizirt, welche ihr geeignet scheinen, das Volk gegen die Regierung aufzuheizen. Es liegt dann stets Diebstahl, meist auch Bestechung der Beamten vor. Von solchen Elementen muß der Beamtenstand reingehalten werden; so großer Vertrauensbruch muß strafrechtlich verfolgt werden. Man behauptet freilich, die Umgehung eines solchen Gesetzes sei sehr leicht, da die Auslandspresse solche Erlasse veröffentlichen würde. Daran glaube

ich aber nicht, und der Präsident könnte ja auch die Verlesung eines solchen Geheimnisses verhindern. (Widerwärtig bei den Sozialdemokraten.) Ich bin sonst nicht für das Wort „geheim“ und wünsche, daß die Regierung ganz offen die Sozialdemokratie für revolutionär und antimonarchisch erkläre (Sehr richtig, bravo! rechts), aber man kann die geheimen Aktenstücke doch nicht ganz entbehren. B. bei den militärischen Erläsen. Ich beantrage Ueberweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Leuzmann (SP.): Wie lehnen den Antrag ab, denn wir sind Gegner aller Ausnahmegesetze. Wir haben uns stets dagegen gewehrt, Ausnahmegesetze zu machen, auch gegen Sozialdemokraten, und bieten auch hier nicht die Hand dazu, obgleich man uns sicher nicht nachtragen kann, daß wir besondere Freunde der Sozialdemokratie sind. (Laut rechts: Ja, ja! und Jauchern.) Ich nehme es nicht sehr tragisch, wenn Sie so erste Fragen mit einem Jauchen beantworten; auf jeder Seite (nach rechts) stehen viele Redner, die noch nicht wissen, was parlamentarischer Aufwand ist. (Laut rechts.) Ihr Jauchen soll mich nicht weiter führen! Eine Folge der Annahme dieses Gesetzes wäre die häufige Anwendung des Zwangs- und Zwangsverfahrens, eines sehr unmoralischen Zwangsmittels. Wir haben keine Veranlassung, der Regierung die Wahrung ihrer Amtsgeheimnisse zu erleichtern. Handelt es sich wirklich einmal um Geheimnisse, dann mag die Regierung sie so gut sie kann wahren. (Beifall links.)

Präsident Graf v. Helldorf: Abg. Leuzmann hat gesagt, die jüngeren Kollegen auf der Rechten wählten nicht, was parlamentarischer Aufwand ist. Das ist nicht richtig; der alte Parlamentarier Abg. Leuzmann hat seinen jüngeren Kollegen damit kein gutes Beispiel gegeben. (Heiterkeit.)

Hofmann-Dienburg (N.): Wir lehnen den Antrag im Wesentlichen ab. Die Ausnahmegesetzgebung scheint uns nicht berechtigt. Die Bestimmungen in dem Gesetzentwurf sind zu wenig exact, als daß sie nur wirklich Mißbräuche treffen würden.

Leubner (SP.): Als dieser Antrag zuerst bekannt wurde, da sagte man sich sofort, es handle sich wieder um ein neues Ansehengesetz gegen die Freiheit der Presse. Daraufhin erklärten dann die Konservativen, das fällt uns gar nicht ein, wir sind nicht die Wölfe, als die man uns immer hinstellt, wir sind ja Lämmer. Das, was dem Anlag gegeben hat zu diesem Gesetz, sind keineswegs sozialdemokratische Veröffentlichungen, sondern die Verschönerung des Etats, welche in diesem Jahre ganz besonders schamlos betrieben ist. Nun, die Liebe des Herrn Antragstellers hat ja nun in dankenswerther Weise Klarheit geschaffen. Es soll nicht nur ein Ansehengesetz sein, nein, es soll direkt ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie sein, nach dem Muster jener schimpflichen Bestimmungen zur Zeit des Sozialistengesetzes. Also der Beamte soll strafbar sein, der solche Geheimnisse der Presse übergibt. Ja, meine Herren, dazu brauchen Sie doch kein Gesetz mehr zu machen, Sie haben doch jetzt schon die Beamten völlig unter der Fuchtel! Und dann, was den Inhalt des zweiten Absatzes betrifft, glauben Sie denn etwa, der Redakteur weiß, welche Erlasse nicht veröffentlicht werden dürfen? Woher soll er das denn haben? Glauben Sie etwa, solche Erlasse werden uns von den Beamten selbst in die Redaktion gebracht? Solche Erlasse kommen ganz einfach per Post zu uns, woher wissen wir nicht. Und jede Debatte, die auf Ehre hält, sorgt dafür, daß sie nicht wissen kann, woher ihr solche Erlasse zugehen. (Ohl! rechts.) Es ist doch sehr merkwürdig, daß gerade jene Herren auf der Rechten so entrückt sind über die Veröffentlichung geheimer Erlasse. Sind Sie denn stets mit Staatsgeheimnissen so eigen verfahren. Ich nicht von Ihren Parteigenossen ein Prinz von Preußen beobachtet worden, sogar seine Korrespondenz hat man ihm geklaut und veröffentlicht. War es nicht ein Mitglied Ihrer Partei, Fürst Bismarck, der nach seiner Entlassung einen Geheimvertrag mit Rußland veröffentlichte? (Sehr gut! links.) Und dies war ein Vertrag, dessen Geheimhaltung im Staatsinteresse durchaus geboten war, dessen Veröffentlichung direkt als Verrath bezeichnet worden ist. Haben Sie damals etwa verlangt, daß ein Gesetz dagegen erlassen würde? Das ist Ihnen nicht eingfallen. (Sehr richtig! links.) Herr Klinkowström hat es ja ausgeplaudert, daß das Gesetz sich nur gegen uns richten soll. Nun, meine Herren, wenn wir solche Geheimnisse veröffentlichen, so geschieht es gerade im Staatsinteresse! (Beif. Ohl! rechts; Sehr richtig! b. d. Soz.) Freilich nicht in Ihrem Interesse, denn das fällt nicht mit dem Staatsinteresse zusammen, es steht ihm gegenüber. (Sehr gut! b. d. Soz.) — Der erste Geheimverlag, den wir veröffentlichten, war derjenige des Prinzen Oers über die Soldatenumgehungen. Nun, ich meine, ein Redakteur, der überhaupt Ehre im Leibe hat, mußte diesen Verlaß veröffentlicht, sobald er ihm zu Gesicht kam. Es war seine Pflicht, die öffentliche Meinung wach zu rufen, damit jene Schandwirthschaft gegen die Soldaten aufhöre. Dann kam jener Verlaß des Grafen Posadowsky, der Streifenlaß, durch den es bekannt wurde, daß die Regierung unter dem Einfluß Ihrer Partei daran dachte, eines der Grundrechte des deutschen Volkes, das Koalitionsrecht zu beschneiden. Jede Beschneidung dieses Rechtes bedeutet aber, eben so wie bei dem zweiten Grundrecht, dem Wahlrecht, eine Vernichtung desselben. Nun wir werden ja bei Verathung der Zuchthausvorlage sehen, wie weit es durch vorzeitige Veröffentlichung dieses Gesetzes möglich gewesen ist, den Anschlag der Regierung zu vereiteln. Jedenfalls war es gut, daß durch uns die öffentliche Meinung auf das Attentat vorbereitet wurde. — Von dem dritten Verlaß hat ja Herr Klinkowström selbst gesagt, daß seine Veröffentlichung ihn sehr gefreut habe. Die Spitze soll gleich scharf stehen, der Säbel gleich schärf haben, heißt es da. Das mußte das deutsche Volk wissen. Die Veröffentlichung dieses Verlasses war jeder Redakteur der Ehre und Freiheit seines Volkes schuldig. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dann hat Graf Klinkowström gemeint, der Reichstagspräsident könne die Verlesung eines solchen Geheimnisses durch einen Abgeordneten verhindern. Nun meine Herren, der Reichstag ist das letzte Wort des freien Volkes in Deutschland und wenn er sich diese Handlungsweise gefallen ließe, wäre das gleichbedeutend mit seiner Abbanlung. Meine Herren, halt daß Sie sich vor der Deffentlichkeit fürchten, sorgen Sie lieber dafür,

daß Alles, was Sie thun, derart ist, daß es das Licht der Welt nicht zu scheuen hat. Nehmen Sie dies Gesetz an oder nicht, wir Sozialdemokraten werden in jedem Falle unsere Pflicht thun. So lange unsere Presse besteht, wird sie die Rechte des Volkes verteidigen, auch mit neuen Ausnahmegesetzen werden wir gerade so fertig werden, wie wir früher mit ihrem Herrn Bismarck fertig geworden sind! (Beif. Bravo b. d. Soz.)

von Nordorff (SP.): Der Abg. Liebknecht sprach von den großen Zwecken, die die Veröffentlichung von solchen Erläsen rechtfertigen. Wohin sollten wir aber kommen, wenn wir nach dem Grundtag: Der Zweck heiligt die Mittel, handeln würden? Der Antrag tritt der Demoralisation des Beamtenstandes entgegen, wir werden also für ihn eintreten. Hierauf schließt die Diskussion.

Das Schlusswort erhält Dietrich (N.): Man kann dem Antrag ohne Rücksicht auf politische Zugehörigkeit zustimmen, da es sich um ein moralisches Verbot handelt.

Die Ueberweisung des Antrags an eine Kommission wird hierauf gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien abgelehnt.

Es folgt die erste Verathung des Antrags Agster und Genossen (SP.):

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen:

- I. die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht und deren Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten ausgedehnt wird, die aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß aller im Gewerbe, Bergbau, in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, im Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen entstehen;
- II. die Theilnahme an den Wahlen und die Berufung zu Mitgliedern eines Gewerbegerichts auf die in den genannten Berufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;
- III. die Verlesung des Wahlrechts und der Wahlbarkeit auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt wird.

Dagegen beantragen die Abgg. Zimmermann und Pöhl (B): Der Reichstag wolle — unter Ablehnung des Antrags Agster und Genossen — beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen:

1. dem Reichstage thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen einerseits und Handlungsgehilfen und Lehrlingen andererseits laienmännliche Schiedsgerichte errichtet werden;
- 2) dem Reichstage eine Novelle zu dem Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte vorzulegen zu dem Zwecke:

- a. eine geordnete Aufstellung der Wählerlisten wirksamer zu sichern;
- b. die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch zu machen, soweit nicht die Landesregierung wegen mangelnden Bedürfnisses Ausnahmen gestattet;
- c. die Kompetenz der Gewerbegerichte als Einigungsämter (§ 60 des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte) dahin zu erweitern, daß dieselben auch ohne Anrufen der streitenden Parteien für die Beilegung der Streitigkeiten wirken können.

Zubeil (SP.) Die Einführung des Gewerbegerichts hat alle Sympathien der Arbeiterchaft für sich. Wenn es aber den erhofften Nutzen bringen soll, muß der Kreis seiner Wirksamkeit mehr ausgedehnt werden und die Errichtung von Gewerbegerichten darf nicht mehr wie bisher in das Belieben der einzelnen Magistrats gestellt werden. Für die Nothwendigkeit des Gewerbegerichts spricht folgendes: Von 13 095 Klagen wurden erlegt:

in weniger als 1 Woche	1770	=	13	Prozent
„ „ „ 2 „	5510	=	41	„
„ „ „ 3 „	2721	=	21	„
„ „ „ 4 „	1635	=	12	„
„ „ „ 5 „	1769	=	13	„

Die Arbeiter kommen also meist innerhalb 2 Wochen zu ihrem Recht, was für sie sehr vorthellhaft ist. Unsere zweite Forderung, das Gewerbegericht auch auf das Gewerbe, das Handelsgewerbe u. s. w. auszudehnen, ist aber nicht minder wichtig. Bis jetzt haben die Handlungsgehilfen, wenn sie das Gewerbegericht anrufen, stets unter dem Kompetenzkonflikt zu leiden gehabt. Und von höchster Bedeutung ist die Ausgestaltung des Gewerbegerichts nach der Richtung hin, daß die in der Industrie thätigen Arbeiterinnen nicht nur das Recht besitzen, das Gewerbegericht anzurufen, sondern auch das aktive und passive Wahlrecht dazu erhalten, damit ihre Klagen von Sachverständigen erledigt werden können. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß die Arbeiterinnen, die sich über Zurückbehaltung des Arbeitslohns, Einbehaltung von Zeugnissen, von Arbeitsbüchern oder über unbillige Anträge beschweren, nicht selbst darüber mitzureden können, sondern die dies anschießlich und allein Männern überlassen müssen. Die Gewerbeinspektionsberichte beweisen, daß die weiblichen Arbeiter nicht in der Abnahme, sondern in der Zunahme begriffen sind. Da muß man doch den weiblichen Arbeiterinnen auch ein Mitbestimmungsrecht einräumen, wo es sich um ihr eigenes Interesse handelt. In Oesterreich ist jetzt ein neues Gewerbegerichtsgesetz erlassen worden, daß zahlreiche Fortschritte in unserem Sinne enthält. Dort ist das Gewerbegericht auch zuständig bei Streitigkeiten, die aus Miethsverhältnissen entstehen. Das ist wichtig für Arbeiterwohnungen. Sowohl in staatlicher wie in privaten Vertrieben macht sich das Bestreben geltend, die Arbeiter durch Arbeiterwohnungen an die Schöke zu fesseln. Gewöhnlich sind aber die Kontrakte so abgefaßt, daß mit der Kündigung aus irgend welchen Gründen auch die sofortige Räumung der Wohnung verbunden ist. In Oesterreich sind ferner alle Handlungsgestellten dem Gewerbegericht unterstellt. — Nun wird über die Einigungsämter geflagt. Wenn diese aber bisher zu keiner erspriechlichen Thätigkeit gelangen konnten, so liegt das daran, daß ihre Entscheidungen keine rechtsverbindliche Kraft haben. (Sehr richtig! links.) Wir wollen ihnen diese zuerkennen. Ferner wünschen wir eine Entlastung der Zimmungsgerichte zu Gunsten der Gewerbegerichte. Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen und ihre „Liebe“ für

das arbeitende Volk dadurch zu beschäftigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. Müller (M.) wird folgender Antrag Baffermann (M.) mit zur Debatte gestellt: Die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Privatleuten und Handlungsgehilfen resp. Lehrlingen laienmännliche Schiedsgerichte errichtet werden.

Dr. Erlinborn (G.): Auch wir sind für den Ausbau der Gewerbegerichte, doch geht uns der Entwurf der Sozialdemokraten zu weit. Die Errichtung von Gewerbegerichten müsste vorgeschrieben sein und nur der Landesbehörde das Recht erteilt werden, wegen mangelnden Bedürfnisses in einzelnen Fällen Dispens zu erteilen. Den Frauen das Wahlrecht zu erteilen, liegt vorläufig kein Bedürfnis vor. Für die Handelsangelegenheiten müssen besonders organisierte laienmännliche Schiedsgerichte geschaffen werden. Was die Verleihung des Wahlrechts an Personen betrifft, die das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben, so ist diese Frage noch nicht weit genug zu einer Entscheidung. Das jetzige Verfahren bei den Wahlen an den Gewerbegerichten ist aber unzulänglich und ungerecht und bedarf einer Reform. Dabei muss erwogen werden, ob in die zweite Instanz, die die Berufung gegen Urtheile der Gewerbegerichte in Händen hat, nicht das Valenelement mit hineinzugehen ist. Nach müsste dem Gewerbegericht das Recht der Initiative von der Gesetzgebung verliehen werden; denn meiner Ansicht nach soll es hauptsächlich ein Einigungsamt sein. Ich bin nicht, wie der Abg. Zabel, der Ansicht, dass dem Gewerbegericht Zwangsmittel zur Durchsührung des Schiedsspruches in die Hand gegeben werden sollten. Kurz, wenn ich mit all die vorliegenden Entwürfe ansehe, so finde ich, dass mein Antrag der vernünftigste ist (Heiterkeit); und deshalb bitte ich Sie, ihn anzunehmen. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Niederding: Der Herr Vorredner hat an mich die Frage gerichtet, wie weit die Vorarbeiten über die Ausgestaltung der laienmännlichen Schiedsgerichte gediehen sind. Sie sind noch nicht zum Abschluss gelangt, und ich kann nicht verkennen, dass im Laufe dieser Verhandlungen große Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten sind. Einmal ob die Schiedsgerichte den Amtsgerichten oder den Gewerbegerichten angegliedert werden sollen. Und dann entsteht die erste prinzipielle Frage, ob das, was man den laienmännlichen Gewerbe zuzählt, nicht auch anderen Klassen ebenso zugebilligt werden müsste. Drittens fragt es sich — und das ist sehr wichtig —, ob nicht Amtsgerichte, namentlich solche in kleineren Orten, in ihrer ganzen Existenz dadurch geschädigt werden. Ich kann also, wenn auch die Verhandlungen noch nicht zum Abschluss gelangt sind, versichern, dass Alles weiter eingehend und ernst geprüft werden wird.

Herr v. Stamm (M.) (Auf der Tribüne schwer verständlich): Die Meinungen über die Wirksamkeit der Gewerbegerichte sind sehr verschieden, nach meiner Ansicht wiegt ihr Werth die Kosten nicht auf. Die Arbeitgeber rufen nur selten die Gewerbegerichte an, das zeigt, dass sie wenig Vertrauen zu ihnen haben. Nicht nur die Arbeitnehmer unter den Besitzern sind Sozialdemokraten, sondern vielfach auch die Arbeitgeber. Die Gefahr partieller Urtheile ist doch dadurch eine sehr große. Jede Wahl auf Grund des gleichen geheimen Wahlrechts ist dazu angethan, die Beziehungen zu verhärtet, die Gegensätze zu verschärfen. Die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte und die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf die Landarbeiter ist sehr bedenklich. Die Sozialdemokratie hat bisher mit ihrer Landagitatorien schlechte Geschäfte gemacht (Heiterkeit und Widerspruch bei den Sozialdem.) und will deshalb, dass ihr dies Gesetz die Landagitatorien erleichtere. — Wir können ja die Mehrheit des Hauses nicht zwingen, ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie, wie wir es wünschen, auszunehmen. Aber so lange ein solches nicht besteht, werden wir in die Regierung bringen, keinem Gesetze ihre Zustimmung zu geben, das die Autorität, die Macht der Sozialdemokratie über die Arbeiterklasse, erhöht. Denn die Sozialdemokratie ist die schlimmste Feindin der Arbeiterklasse. (Bravo! rechts. Lachen links.)

Hilf (M.): Wir können mit Herrn von Stamm in seinem Urtheile über die Gewerbegerichte nicht übereinstimmen. Auch in den Kreisen der Unternehmer weiß man, wie sehr reich die Gewerbegerichte wirken. Einer Ausdehnung der Gewerbegerichte im Sinne des Antrags Müller müssen wir aber entgegenstehen. Die Verleihung des Wahlrechts an Frauen betrachten wir als schädlich. Die Frauen haben genügend andere Gebiete, wo sie sich beschäftigen können. (Widerspruch bei den Sozialdem.) Sie selbst (zu den Sozialdem.) haben ja auf ihrem Parteitage in Stuttgart die beiden Frauen, die dort aufgetreten sind, niedergeschrien. (Große Unruhe bei den Sozialdem., die nächsten Sätze des Redners bleiben unvernehmlich.) Auch die Herabsetzung der Altersgrenze für die Wahlbarkeit geht viel zu weit.

Schröder (Fg.): Die Gewerbegerichte sind Mittel zur Herbeiführung des sozialen Friedens. Die Sozialdemokraten, die in die Gewerbegerichte kommen, gewöhnen sich daran, die bestehenden Verhältnisse unbefangener zu prüfen. Die Ausdehnung der Gewerbegerichte ist daher auch uns sympathisch; aber der Antrag Müller geht da entschieden zu weit; die obligatorische Einführung geht nicht zu einfach, hauptsächlich bei kleinen Gemeinden; auch sind zwanzigjährige Richter keineswegs würdigenwerth.

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Etatsberatung, beginnend beim Reichsamt des Innern.)
Schluss 5 Uhr.

Politische Standfragen.

Deutschland.

Weltpolitik über Alles! Die „Kölnische Ztg.“ erörtert die Möglichkeit, dass die Karolinen durch Deutschland angekauft würden, und bespricht einen derartigen Ankauf unter Hinweis darauf, dass diese Inselgruppe in den Rahmen der heutigen deutschen Besitzungen in dieser Weltgegend gehöre, und dass es thöricht und unpassend wäre, wenn man englischerseits gegen eine solche Erwerbung Einspruch erheben wollte. — Heute „pachten“, morgen „kaufen“, der „Rahmen“ will es, die Steuerzahler tragen's. Die Londoner „Times“, die von Downing Street, dem englischen auswärtigen Amt, „inspirirt“ wird, spricht ihr Bedauern darüber aus, dass die unverantwortliche Leidenschaftlichkeit einiger Politiker in Washington, die sich der Regierung Mac Kinley's widersetzen, sie zu einer unnötig beleidigenden Sprache gegenüber einer Macht, wie Deutschland führen konnte, die natürliche Beziehungen sowohl zu den Vereinigten Staaten, wie zu Großbritannien habe. Die „Times“ ist überzeugt, dass Deutschland nicht daran denke, sich der Besetzung und Besiedelung der Philippinen durch die Vereinigten Staaten zu widersetzen. Hinsichtlich der Meldung, Deutschland beabsichtige die Karolinen zu erwerben, sagt die „Times“, England habe keinen Grund, sich dem Uebergang dieses Besitzes von Spanien an eine andere europäische Macht zu widersetzen, die besser im Stande sei, den Schwierigkeiten, die sich der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Verwaltung entgegensetzen, zu begegnen. Die Karolinen hätten für Großbritannien

keinen Werth, und es würde deshalb thöricht und unwürdig sein, dem Verlangen eines anderen Volkes, aus den Karolinen Nutzen zu ziehen, sich zu widersetzen.

Der britische Segen ist also erteilt.

Die Landrathskammer, das preussische Abgeordnetehaus ist Dienstag zu seiner zweiten Plenar- und ersten geschäftlichen Sitzung zusammengetreten. Zunächst wurde die Präsidentenwahl vollzogen; da die drei Inhaber der Präsidentensitze aus der letzten Session der verfloffenen Legislaturperiode zufällig wieder sämtlich Mitglieder des Hauses sind, wurde die Wahl per Akklamation vorgenommen und der noch ziemlich jugendliche Herr von Kröcher, ein echter märkischer Junker in seinem ganzen selbstbewussten Auftreten, bestieg den Präsidentensitz. Er widmete zunächst dem Fürsten Bismarck einen Nachruf. Eine Stelle richtete sich darin gegen die Sozialdemokratie. Herr von Kröcher sprach nämlich die Ansicht aus, dass jeder königstreue gesinnte Mann den Hingang des Reichsheroes tief betauern müsse und vindizierte sämtlichen Mitgliedern des Hauses diese königstreue Gesinnung, also auch den beiden Dänen und den zahlreichen Polen. Er sprach dann weiter die Hoffnung aus, dass auch in Zukunft nur königstreue Männer Mitglieder des Hauses sein möchten. Das kann nicht anders als wie ein versteckter Hieb gegen unsere Partei aufgefasst werden, die ja die Theilnahme an den Landtagswahlen und die Eroberung von Mandaten eifrigst diskutiert hat. Nun, Herr von Kröcher mit seinem Anhang und die königlich preussische Regierung werden es vorläufig schon durch Aufrechterhaltung des die große Waffe des Volkes entrechtenden Wahlsystems dahin bringen, dass die königstreuen Männer unter sich bleiben. Das es ihnen für alle Zeit, wie Herr von Kröcher wünscht, gelingen wird, ist aber nicht anzunehmen. Die Sozialdemokratie wird immer mehr eine Macht, mit der auch die preussischen Junker zu rechnen haben werden. — Auf der Tagesordnung stand die Einbringung des Etats durch den Finanzminister Herr von Wiquel. Die Landräthe haben den durch Gewohnheit geheiligten Brauch geschaffen, dass die Etatsrede des Finanzministers ohne Erweiterung ins Land geht. Das gehört sich so für eine regierungskommune Volksvertretung. Diesmal wäre auch eine Erwiderung sehr schwer gewesen, denn der Finanzminister war selbst den Abgeordneten, die in seiner Nähe saßen, nur schwer verständlich. Soweit man ihn oben auf der Tribüne hören konnte, schilderte er die Finanzlage als sehr rosig, mahnte aber in gewohnter Weise zur Sparsamkeit, da bald einmal ein Märschschlag eintreten könne. Die Ueberschüsse beruhen in der Hauptsache auf den guten Erträgen der Eisenbahnen. Diese sind die meckende Kuh und da man auch politische agrarische Gründe hat, billigere Tarife zu verhindern, so unterlässt man jede Reform nach dieser Richtung unter dem Vorgeben, dass solche Veränderungen leicht eine Verringerung der Erträge zur Folge haben könnten. Herr v. Wiquel sprach auch von den Aufbesserungen der Gehälter der Unterbeamten und schilderte die Lage der preussischen Beamten als sehr rosig. Der Minister schließt jedenfalls von seinem Gehalt auf die andern. Was Wiquel über die Bergwerksinspektion und andere wichtige Dinge sagte, wird sich erst nach Erscheinen des stenographischen Berichtes genau feststellen lassen, der am Donnerstag erscheint. Weil die Rede nicht zu verstehen war, sah der Präsident auch von seinem Vorschlag ab, die nächste Sitzung schon Freitag abzuhalten, sondern beaumete sie auf Sonnabend an. In der Geschäftsordnungsdebatte, die sich über die Anberaumung der Sitzung entspann, spielte die angeblich schlechte Musik des neuen Hauses eine große Rolle. Die Musik ist aber nicht besser und nicht schlechter als sie naturgemäß in einem so großen Raum sein kann. Die Hauptschuld lag an Herrn Wiquel selbst, die übrigen Redner waren sämtlich leidlich zu verstehen.

Brodsch und Philistertum unter den Ärzten. Die „Süddeutsche Korrespondenz“ theilt mit, dass die in Berlin tagende Konferenz der medizinischen Sachverständigen verschiedener Bundesstaaten die Frage der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium, bez. ihrer Immatrikulation an der Universität als noch nicht spruchreif bezeichnete. Allseitig wurde betont, dass keinesfalls etwa für die Frauen eine leichtere Prüfung zulässig sei; diese Frauen müssten vielmehr, wollten sie als Ärzte in Deutschland wirken, der gleichen Prüfung wie die übrigen Ärzte unterliegen. Dies würde allerdings voraussetzen, dass die Immatrikulation voranginge, damit sie den Vorlesungen beiwohnen könnten. Verläufig bleibt es den einzelnen Landesregierungen überlassen, hierzu Stellung zu nehmen. — Damit ist dank der Philistereihaftigkeit der Ärzte die Regelung des ärztlichen Studiums der Frauen wiederum in weite Ferne gerückt.

Die russische Note, die das Programm der Abrüstungskonferenz enthält, ist der „Nationalzeitung“ zufolge dem deutschen auswärtigen Amt übergeben worden.

Material zur Buchhausvorlage schafft in dankenswerther Weise die „Köln. Volks-Ztg.“ herbei. Heute führt sie die Bedingungen an, welche die Käufer, die vom Walzdraht- oder vom Stiften-Syndikat Kaufen beziehen wollen, eingehen müssen. Das Walzdraht-Syndikat schreibt u. A. folgendes vor:

Mit einem Kauf verpflichten Sie sich, im Inlande gezogene Drähte nicht unter einem Preise zu verkaufen, der für Drähte von 3,8 Millimeter und dicker mindestens 10 Mark die Tonne höher ist, als der jeweilige Walzdrahtpreis. Die Feststellung von Ueberspreisen für dünnere Drähte bleibt einem Syndikat für gezogenen Drähte vorbehalten, dessen Bestandkommen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln fördern werden. Sie aber-

nehmen weiter die Verpflichtung, den in der Beilage genannten Firmen, die sich weigern dem Verbands deutscher Drahtfabriken beizutreten, weder mittelbar noch unmittelbar Draht oder Drahtwaren zu liefern, und wollen Sie uns Ihre ausdrückliche Zustimmung hierzu gef. zugehen lassen. Für jede Verletzung dieser Verpflichtung haben Sie eine Vertragsstrafe von 10 Mark auf jede Tonne der Abnahmense zu zahlen; außerdem steht uns in jeder Hinsicht das Recht zu, weitere Lieferungen gänzlich einzustellen, also den Rückstand aus dem mit Ihnen abgeschlossenen Lieferungsverbindlichkeiten zu streichen.

Dem Stiften-Syndikat gegenüber ist aber der Käufer verpflichtet, Drahtstoffe nur von Werken zu beziehen, die dem Verbands deutscher Drahtfabriken angehören. Bei Bezug von Drahtstoffen von Nichtverbandswerken hat derselbe für das auf den laufenden Abschluss bezogene Quantum eine Konventionalsstrafe von 3 Mark für je 100 Kilo zu zahlen. Dem Verbands steht es freiden verbleibenden Schlussfrist zu annullieren. Nach hierdurch wird wieder dargelegt, dass Fälle vorkommen, wo die Arbeiter nicht arbeiten können, weil ihrem Arbeitgeber der Rohstoff vorenthalten wird, wenn er nicht dem Zwange sich fügen will, einem Verbands beizutreten, dessen Bedingungen er nicht sich unterwerfen zu können glaubt. Es handelt sich also hier um eskalante, in großem Maßstab ausgeführte Behinderung an Leistung freiwillig übernommener Arbeit, worauf nach dem Bielefelder Programm die Buchhausstrafe stehen soll.

Die Stellung der Nationalliberalen zur Buchhausvorlage zeichnete in einer Generalversammlung des nationalliberalen Vereins in Nürnberg der Landgerichtsrath Krieger in folgender Weise: Eine maßvolle Verschärfung der Strafen für Streikaustrittungen könne zugestanden werden. Zu verwerfen sei aber die entlehrende Buchhausstrafe. Der Abgeordnete Wassermann habe im Reichstage die Stellung der nationalliberalen Partei zu der Arbeiterfrage präzisirt. Die Partei werde hinfort weit entschiedener für den Schutz der Arbeiterorganisationen eintreten, als bisher.

„Die Volkshaus“ hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ an das Versprechen der Nationalliberalen bezüglich der Arbeiterorganisationen. Dagegen ist ihnen wohl zuzutrauen, dass sie für eine Verschärfung der Strafen eintreten, und der Vorbehalt „maßvoll“ wird sie nicht hindern, jedem Verlangen der Regierung zuzustimmen. Dafür sind sie eben nationalliberal.

Die Fassung der Majestätsbeleidigungsprozesse veranlaßt selbst die loyalsten nationalliberalen Blätter zu recht kritischen Betrachtungen, auch über die Ursachen der großen Zahl dieser Delikte. So schreibt die „Berliner Börsen-Zeitung“:

„Eine förmliche Treibjagd auf Personen, die den Kaiser beleidigen, findet statt. Die Staatsanwälte glauben, dass die Beleidigungen um so eher anzuheben werden, je mehr Injurianten vor Gericht gezogen werden, und einige Gerichtshöfe verhängen drakonische Strafen, aberzogen, dass hier die Abschreckungstheorie im Spiele sei. Geschichte und Erfahrung lehren das Gegentheil, und sie lehren auch, dass die durch dieses System sich verbreitende Erbitterung nicht die schlimmste Folge ist; weit bedauerlicher ist die Erscheinung, dass die nichtausgewählten Elemente des Volkes sich gern in den Dienst der Verfolgung stellen als Denunzianten theils wahrer, theils erlogener Thatfachen. So wird im Staate eine schwüle, ungesunde Atmosphäre des Misstrauens und des Hasses erzeugt, wie sie durch die Straflosigkeit einiger beleidigender Neugierigen über den Träger der Krone wie ein winniger herbringt werden könnte. Aber wie erklärt sich die bedenkliche Zahl von Delikten dieser Art, die in den letzten Jahren von Staatsanwälten verfolgt und von Gerichtshöfen mit Strafe belegt worden sind? Ohne Zweifel größtentheils aus dem Gegenseite, der besteht zwischen den Anschuldigungen, die von einem großen Theile des Volkes gehegt, aus jenen, die vom Kaiser und seinem Hofe öffentlich vertreten werden. Unter den öffentlichen Reden des Kaisers, die überaus zahlreich sind, welche die nicht auch in achtbaren Kreisen zum Widerspruch gereizt hätten. Vielen Unwahren erregen anbringliche Vohaltititätsangelegenheiten, an welchen oft sehr zweifelhaft Personen theilnehmen, und bei deren Herbeiführung Motive der Gewinnsucht, des Ehrgeizes, der Eitelkeit genaugenommen.“

Die Budget-Kommission des Reichstages setzte am Dienstag die Berathung des Postetats fort. Die Erhöhung des Gehalts des Staatssekretärs v. Boddienst von 24 000 auf 30 000 M. wurde bewilligt, weil nunmehr auch die Wünsche des Reichstages, betreffs der Gehälter der Unterbeamten erfüllt worden seien. Bezüglich der Sonntagsruhe theilte der Geh. Postrath Pressel auf Anfrage des Abg. Sagens mit, dass 47 pSt. aller Postbeamten schon jetzt jeden zweiten Sonntag frei hätten. Auf Anregung des Dr. Müller-Sagan erklärte der Staatssekretär, dass er bei Berathung des Budgets in zweiter Lesung die Gründe der beabsichtigten Personalreform vorlegen werde. Nur deshalb seien im Etat keine neuen Stellen gefordert, doch werde dies vielleicht durch einen Nachtragsetat infolge Einführung des Post-Chefs-Verkehrs geschehen. Die Frage der Bestellgebühren führte zu einer längeren Diskussion.

Die Kontre-Revolution rührt sich. In der „Dreuz- Zeitung“ lesen wir:

Anforderung. Es sind nunmehr fast 60 Jahre verfloßen, seitdem unter der glorreichen Führung unseres unvergesslichen Kaisers und Königs Wilhelm I. des Großen als damaligen Prinzen von Preußen der babylonische Zustand des Jahres 1849 niedergeworfen wurde. Im Sinne vieler alter Soldaten aus jener Zeit bitte ich daher die Herren Kameraden jeden Grades und Standes, die damals mitgekämpft haben, mir ihre Adresse — Name, Stand, Wohnung — gütlich mündlich oder schriftlich übermitteln zu wollen, damit ich sie behufs gemeinschaftlicher Festlegung einer Gedächtnisfeier zu einer beschlussfassenden Versammlung einladen darf. Jemand welche Verpflichtung ist mit der erbetenen Anzeige nicht verbunden.
Berlin, Bärowstraße 8, den 12. Januar 1899.

Farrer W. Schwarz, Leutnant a. D.
So die „Anforderung“. Charakteristisch ist, dass die Herren, welche sich ihrer Blutarbeit bei der Niederwerfung der Bewegung für die deutsche Freiheit und Einheit

jetzt rühmen, dieselben sind, die sonst stets ihre Begeisterung für die deutsche Einheit zur Schau tragen.

Spitzer auf Arbeit der Waisenkinder spüren unsere braven Agrarier. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt nämlich:

Es ist merkwürdig, daß, wo überhaupt Waisenkinder in Familienpflege gegeben werden, fast ausschließlich die städtische Bevölkerung bevorzugt wird. Auch enthalten die Statuten der Waisenhäuser meist Vorschriften, wonach die Kinder in einem Handwert oder als städtische Dienstkötter ausgebildet werden sollen. Ob damit dem wahren Wohle der Waisenkinder immer gebient ist, darf als recht fraglich bezeichnet werden. Wir sind der Überzeugung, daß vielen Kindern schon vom gesundheitlichen Standpunkt aus der Aufenthalt auf dem Lande viel ersprießlicher wäre. Unter diesem Gesichtspunkte wäre die Erwägung anzustellen, auf welche Weise man das Land an der Erziehung der Waisenkinder zu ihrem Besten mehr betheiligen könnte, als dies bisher geschah. Daß man damit nur gute Erfahrungen machen würde, unterliegt keinem Zweifel. Außerdem ist zu erwägen, daß auch das Land zur Wasserverzehrung durch Wohlthätigkeit erheblich beiträgt, und daß es darum nicht mehr wie billig ist, wenn ihm auch ein Theil der Waisen zugewiesen wird, damit es den Versuch machen kann, in ihnen Interesse und Liebe für das Landleben zu erwecken.

Vor einigen Jahrzehnten bestand in England ein schwungvoller Handel mit Waisenkindern, die in den Fabriken schauzen mußten, bis endlich, als man die Strafen erfuhr, welchen die Kinder ausgesetzt waren, ein Entrüstungssturm durch das Land brauste. Heute meint das Agrarierorgan, es wäre nicht mehr wie billig, wenn dem Lande ein Theil Waisen zugewiesen würde. Daß dabei das Ziel ist, „Liebe für das Landleben zu erwecken“, glaubt den Junkern kein Mensch. Sie hatten es für billig, daß sie billige Arbeitskräfte erhalten! Zum Ueberflusse bemerkt die „Tageszeitung“, sie erwartete nicht, „daß durch Verwirklichung der Idee eine erhebliche Verbesserung der Verhältnisse eintreten würde.“ Also doch eine kleine Verbesserung? Sie betrachten das Recht auf Ausbeutung der Waisenkinder als ein „kleines Mittel“! Glücklicher Weise besteht in der Industrie ein Schutz der Kinderarbeit, leider fehlt er auf dem Lande. Gnade Gott daher den armen Kleinen, die den Junkern und Bauern ausgeliefert würden; auch möge sie ein glückliches Schicksal davor bewahren, zu Landproletariern erzogen zu werden. Daß eine solche Forderung mit so dreistem Eynismus gestellt werden kann, ist schon an und für sich empörend.

Sozialdemokraten in Schuldeputationen. Aus Hiesigen erhält unser Centralorgan die Nachricht von einer gewissen Unthat umstürzlerischer Gesinnung. Der Minister für preussische Geistesfreiheit setzte sich hin und schrieb einen Erlaß: Sozialdemokraten dürfen von städtischen Kollegien nicht in die Schuldeputationen gewählt werden. Geschieht diese Freveltat dennoch, so werden die Umstürzmänner von der Regierung nicht bestätigt. Gewissenhaft berichtete der offiziöse Telegraph der staunenden Menschheit die That des Herrn Boffe. Und just acht Tage später trat die neugewählte Wiesener Stadtverordneten-Versammlung, in der zwei Sozialdemokraten sitzen, zusammen und wählte den einen Umstürzler, Gen. Krumm, in die Schuldeputation, den anderen aber, den Gen. Drbig, in den Schulvorstand. Alldieweil der Minister für preussische Geistesfreiheit in Hiesigen nichts zu sagen hat.

Zentrum und Militärvorlage. Während das führende rheinische Zentrumsblatt noch den Glauben aufrecht zu erhalten sich bemüht, das Zentrum werde die Vorlage nicht unverkürzt bewilligen, und erklärte — wie wir gestern meldeten — die Fraktion werde sich gewiß auch gegenwärtig halten, daß in den Wählerkreisen ganz und gar keine Stimmung für irgend welche über das Maß des unabwiesbar Nothwendigen hinausgehende Bewilligungen vorhanden ist, tritt die liberale „Schles. Volksztg.“ mit altem Eifer für die Militärvorlage ein und meint, daß die Heeresverstärkungen sich wohl nicht anders hindern ließen, als durch eine allgemeine Abrüstung oder wenigstens allgemeine Rüstungseinstellung. Aber die Friedensbotschaft des Barons habe nur eine Fata Morgana dieser Art sehen lassen, und es werde weiter gerüstet. Auch die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit erklärt die „Schles. Volksztg.“ für eine formale Frage. — Der Widerspruch der beiden Organe erklärt sich leicht. In Schlesien haben die feudal-agrarischen Mitglieder des Zentrums entscheidenden Einfluß; am Rhein muß man mit den Interessen des Kleinbürgertums und der Arbeiter rechnen. Aber seit Dr. Lieber das Zentrum „führt“, hat schließlich stets der feudale Flügel Oberwasser behalten. So wird es auch jetzt gehen.

Kleine politische Nachrichten. Graf Simburg-Stirn und Gen. brachten im Reichstage den Antrag auf Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ein, wonach die Angehörigen der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Congregationen, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, wenn sie Ausländer sind, ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angezogen werden könne. — Dreißig nationale liberale Reichstagsabgeordnete gehören, wie der Abg. Sieg auf dem Parteitag in Dirschau erklärte, dem Bund der Landwirthe an. Herr Sieg entschuldigte dies damit, daß diese die Absicht hätten, „das Bundesprogramm zu mächtigen und eine maßlose Agitation zu verhindern.“ (Thatsächlich aber schwimmen diese Nationalliberalen vollkändig im Fahrwasser des Bundes der Landwirthe). — Zum Referenten über die Militärvorlage im Reichstage ist der nationalliberale Abg. Wasserhausen bestimmt worden. — Auf daß dem Staat nichts verloren gehe, sind nach einem kürzlich ergangenen Ministerial-Erlaß die fälligen Steuern der Personen, deren Einkünfte in das Heer fließen, nach vorberatenem Einzug einzuziehen, damit die nachträgliche, mit vielen Unzuträglichkeiten verbundene Einziehung während der militärischen Dienstzeit der Steuerpflichtigen thunlichst vermieden wird. Herr Miquel hat es ja auch so bringend nötig! — In der Aufhebungs-Kommission sind nach dem „Pos. Tagbl.“ im Jahre 1898 über 127 000 Hektar Land angeboten worden, wovon nur 15 000 Hektar angekauft wurden; für den Hektar sei im Durchschnitt 774 Mark gezahlt worden. — Die Finanzkommission des Landtags in

Braunschweig beantragt, den Antrag auf besondere Besteuerung der Waarenhäuser abzusehen. Die Tendenz des Antrages sei zu billigen, indem sei das Reich berufen, in dieser Beziehung vorzugehen, nicht aber die paritätische oder Kommunalgesetzgebung. — Die hiesigen Corporationen in Leipzig beabsichtigen die Errichtung einer Bismarck-Säule. Die Kosten für den granitnen Pfeiler sind auf rund 20 000 Mark berechnet worden. Sie werden natürlich von den Vätern der jungen Herren bezahlt. Dem selbst, wenn sich die Herren Schöne den Beitrag zur Säule von ihrem Taschengelde großmüthig abknöpfen, bleibt die Quelle doch immer das väterliche Portemonnaie. Kartell von Waggonfabriken. Zwischen dem Österreichischen und den ungarischen Waggonfabrikanten sollen demnächst Verhandlungen wegen Bildung eines Kartells eingeleitet werden. Die österreichischen Fabriken haben, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, mit den deutschen Waggonfabriken ein Subsidat wegen Wahrung des gegenseitigen Absatzgebietes geschlossen, berart, daß die deutschen Fabriken nicht nach Österreich und die österreichischen Fabriken nicht nach Deutschland Offerten stellen. Die ungarischen Fabriken haben eine derartige Vereinbarung nicht. — Italienische Polizeireisende meldet: Wegen des Aufschlages in Alexandria ist jetzt gegen achtzehn italienische Anarchisten der Prozeß angehängt worden. Nach Beendigung der Voruntersuchung führt der italienische Generalkonsul von Venedig nach Venedig den Prozeß. Man weiß, daß die Geschichte der gemeinsten Polizeischwindel ist. — Die belgische Regierung hat beschlossen, für alle Kriegesgerichte sofort einen ständigen königlichen Richter als Vorsitzenden einzusetzen — eine Folge der Dreifachtsache. — Der bisherige erbitterte Streit zwischen der alten Universität Brüssel und der neuen sozialistischen Universität ist nach einer Mediation des „Domb. Corresp.“ beigelegt. Die neue Universität geht ein, aber ihr Institut der hohen Studien wird erhalten und von der liberalen Partei finanziell unterstützt. Die Abdankung der Tobakstraße im bürgerlichen und militärischen Strafgesetz außer der Kriegszeit haben mehrere Genossen im französischen Parlament beantragt. Die Nacht der Wabstücken im Schauspiel noch lange nicht endgültig gebrochen zu sein. Nach englischen Blättern soll der „Sieg“ des Oberst Lewis über die Wabstücken im Schauspiel des Ris so wenig ansiebig gewesen sein, daß der Führer der Terwische, Emir Khamel Babil, nachträglich bei Rosales (am blauen Nil) die englischen Truppen überfallen und ihnen schwere Verluste beigebracht haben soll; ein ganzes Bataillon der Engländer sei aufgerieben worden. Die Engländer hätten Verstärkungen herangezogen und ein neues Treffen siehe bevor.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest. Ueber ein „Rdyl“ aus dem „liberalen“ Lande Ungarn meldet man dem „Berl. Tagebl.“: In der Gemeinde Uj-Szent Anna im Krader Komitat war vor einiger Zeit ein landwirthschaftliches Bauernkasino wegen angeblicher sozialistischer Agitationen geschlossen worden. Hierdurch war eine Unstimmung und Aufregung erzeugt, welche durch die Wahl eines unbeliebten Mannes zum Ortsrichter noch gesteigert wurde. Montag sammelte sich die Menge drohend vor dem Gemeindeganz und bewarf es mit Steinen. Die Hausdarmen forderten die Menge an, auseinander zu gehen. Sie wurden nun von der Menge angegriffen und gaben Feuer. Vier Männer und zwei Frauen wurden getödtet, sechzehn Personen verwundet. Das Militär ist aus Arab requirirt. — Die Achtung vor dem Menschenleben kennt man in dem Lande jenseit der Veitza nicht; dort haut noch bei der geringsten Gelegenheit der Säbel und schießt die Flinte. Die Magyaren verleugnen dadurch nicht ihre Abstammung von den Ostjaden und Wogulen.

Frankreich.

17 neue Fälschungen wurden dem Brüsseler „Soir“ zufolge durch den Kassationshof festgestellt. Da der „Soir“ ein Blatt ist, das sich bisher sehr zurückhaltend und sehr gut unterrichtet erwies, so ist die Mitteilung nicht als haltloses Gerücht zu rubrizieren. Das belgische Organ führt aus, daß alle diese 17 Fälschungen von Henry und seinen Helfershelfern herrühren, und schießt:

Der Bericht des Kassationshofes werde in ganz Europa ein sensationelles Aufsehen, in Frankreich selbst aber die größte Betrübnis hervorrufen, da authentische Dokumente den Verrath hochstehender Militärs, deren bloße Mittelperson Esterhazy war, beweisen. Der „Soir“ beruft sich auf die seitens des Kriegsministers Freycinet offen geäußerte Meinung, daß Drehsus nichts verrieth, daß der Verrath vielmehr von ganz anderen Leuten ausging. Das Blatt erklärt bestimmt, innerhalb weniger Wochen würden seine Angaben eine eklatante Bestätigung erfahren. Etwas Kehnliches von Enthüllungen mußte man gewärtigen. Sie erklären die Rundgebung der gefährdeten Generale, welche jüngst in Aussicht stellten, daß sie als Antwort auf einen Freispruch des Drehsus den Bürgerkrieg entfesseln wollen. Die Fälscherbande kämpft um's eigene Leben; was gilt ihr da ein noch so sorgfältig motivirter Rechtspruch!

Mittwoch soll Esterhazy in Paris angekommen sein, nachdem ihm freies Geleit zugestanden wurde. Auch ihm haben die Generalstabblätter, deren Heiliger er einst war, Rache geschworen, falls er irgend etwas „piffte“. Der tapfere Gymnast ist denn auch, wie der „Figaro“ festgestellt haben will, in einem Vororte von Paris ausgestiegen. — Dem „Siecle“ zufolge wird die Kriminalkammer des Kassationshofes auch noch den Artilleriegeneral Seberr, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, über gewisse technische Einzelheiten vernehmen, welche sich auf die im Vorderen angeführten Aktenstücke beziehen. „Echo de Paris“ will wissen, die Kriminalkammer habe den Minister des Aeußern um Uebermittlung verschiedener diplomatischer Dokumente, unter anderem um Depeschen der früheren Botschafter in Berlin und Rom, Herbet und Billot, ersucht. Diesem Ansuchen werde gewillfahrt werden.

Im Uebrigen soll Esterhazy's Zeugnis den Abschluß der Vernehmungen bilden. Zeit ist es auch! Am Mittwoch Nachmittag verhörte der Kassationshof

die Schriftsachverständigen Conard, Vertillon und Varnard.

Der Vicars Picquarts wird vom Kassationshof Donnerstag nächster Woche verhandelt werden. Den Vorsitz wird Loew führen, den Bericht Vithelin erstatten.

Lübeck und Nachbargebiete.

10. Januar.

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohn Differenzen ist der Zutug nach der Fabrik Huse u. Schwegelhoff, gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Leberstraße 3. Die Streikkommission.

Die Dittcher nahmen am Dienstag in einer Extraversammlung der hiesigen Bahntelle einstimmig eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß die Arbeitseinstellung in der Fabrik von Friede u. Co. lediglich durch den Arbeitgeber verschuldet und daß durch sein Verhalten die Gesellen um den Lohn von 4 Tagen geschädigt wurden, und daß sie für zukünftige Fälle sich weitere Schritte vorbehalten.

Das Amtsblatt schlägt sich schon wieder mit einem hiesigen Korrespondenten auswärtiger Blätter herum. Dieses Mal hat der Betreffende durch unrichtige Sensationsberichte über die Lübeck-Büchener Gesellschaft „die hiesigen Interessen geschädigt“. Die heftigste Häufung solcher Vorkommnisse in letzter Zeit lassen übrigens den Verdacht aufkommen, daß ihre Urheber einer jüngst auf journalistischem Gebiete gemachten, wenig einwandfreien Manipulation nicht fernstehen.

Der nautische Verein wird sich in seiner am Sonnabend stattfindenden Versammlung auch mit der Seemannsordnung befassen.

Die Tagesordnung der am nächsten Montag stattfindenden Bürgerchaftsversammlung lautet: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Erweiterung des Schulhauses zu Dickseldorf. 2. Vermehrung der Aufseherstellen am Werk- und Buchthaus zu St. Annen. 3. Bewilligung der erforderlichen Geldmittel für die Vorbereitungarbeiten zur Uelegung der neuen Grundbücher. 4. Herstellung einer Ueisanlage des neuen Umladepfades bei der Einriedelschäre. 5. Neueinstellung zweier akademisch gebildeter Wasserbaubeamten. 6. Nachtrag zur Bauordnung für die Landbezirke vom 3. August 1867.

Zu bürgerlichen Deputirten sind vom Senate ernannt worden: bei der Einquartirungsbehörde J. H. G. Vohe jun., bei der Steuerbehörde W. A. B. Heinsohn, bei der Steuererschätzungscommission für die Stadt (Nordseite) R. Leddorp für die Stadt (Südseite) H. L. Th. Raehler, für St. Lorenz H. E. A. Hape, für St. Jürgen H. G. H. St. Johann, für St. Gertrud Dr. E. U. Brieh, für den Mühlenthorlandbezirk H. D. W. Wedelhoff, bei den Schätzungscommissionen für die Ermittlung des Nutzungswertes der Gebäude und Grundstücke in Stadt und Vorstädten für das Jakobiquartier G. H. R. Köhn und J. S. Wilms, für das Johannisquartier H. J. B. Schulz, für St. Lorenz J. Miesner, für St. Jürgen F. A. Bernheim, für St. Gertrud Dr. E. H. G. Ahlens.

Die erste Versammlung der Schuhmacher-Zwangseinstellung, über die wir bereits kurz berichteten, ward am Dienstag Nachmittag 4 1/2 Uhr von einem Beamten des Stadt- und Landamtes eröffnet. Herr Schneider stellte den Antrag, erst die Statuten, welche den Mitgliedern erst in der Versammlung eingehändigt wurden, zu berathen und sodann auf Grund des Statuts die Vorstandswahlen vorzunehmen. Der Antrag ward nicht verhandelt, auch ließ der Vorsitzende über denselben nicht abstimmen. Herr Schumann opponirte sodann gegen die Bestimmung, wonach von den Vorstandsmitgliedern sechs in der Regel einen Gesellen oder Lehrling beschäftigten müssen. Er berief sich auf § 93a des Handwerkergesetzes, wonach in den Vorstand jedes zum Amte eines Schöffen fähige Mitglied gewählt werden kann, wurde aber — u. E. irrthümlich — mit dem Bemerkten abgewiesen, daß dies nach § 103 b geregelt werde, welcher von den Handwerkerkammern handelt. Es erfolgte sodann die Wahl des Obermeisters. Im ersten Wahlgange erhielten Stimmen: der bisherige Obermeister, Herr Lühr, 77, Herr Burmeister 64, Herr Schumann 38. In der Stichwahl wurde Herr Burmeister mit 116 Stimmen gegen Herrn Lühr gewählt, auf den nur 79 entfielen. Bei der sodann vorgenommenen Wahl der übrigen 8 Vorstandsmitglieder ereignete sich dann der von uns bereits geschilderte Vorfall. Herr Schwarz hielt es für nothwendig, auf die Anwesenheit eines Vertreters der Presse aufmerksam zu machen, und der Beamte des Stadt- und Landamtes erklärte die Versammlung für eine geschlossene, während Herr Lühr sich unsere Grundaußerordentlich ereiferte. Der Vertreter unseres Blattes war auf ausdrücklichen Wunsch zahlreicher Meister, darunter jegiger Vorstandsmitglieder, erschienen, weil die große Mehrzahl der Meister Leser unseres Blattes sind, und daher ein objektiver Bericht über die Versammlung für sie von Interesse war. Zu einem Beschluß, ob die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden solle oder nicht, kam es nicht. Unser Vertreter zog es vor, wichtigeren Geschäften nachzugehen. Von verschiedenen Seiten jedoch ward sehr heftiger Protest erhoben und darauf hingewiesen, daß der Rentier Herr Rosenbergs nicht nur zugegen gewesen sei, sondern sogar mitgestimmt habe. Das neunte Vorstandsmitglied, dessen Namen wir nicht mehr erfahren, ist Herr Ahrendt. Dem Vorstand gehören nur drei Mitglieder der alten Innung an und diese zum Theil nur deswegen, weil einige, die sie an Stimmenzahl übertragen, nicht ständig Geschäften beschäftigen. Wie wir hören besteht die Absicht, auf statutenmäßigem Wege die Aufhebung der Innung herbeizuführen. Die erforderlichen Unterschriften werden bereits gesammelt.

Ein Bündniß mit Afghanistan.

Am 3. Januar wurde, wie die Londoner „Morning Post“ meldet, ein Bündnißvertrag zwischen Rußland und dem Emir von Afghanistan unterzeichnet. Wenige Tage vorher hatte der Emir eine Kundmachung erlassen, worin er sagt, jeder Herrscher sei befugt, sein Land zu verteidigen und mit diesem nach Belieben zu verfahren. Wenn er Gelegenheit habe, seinen Nachbarn Dienste zu leisten, werde er deren Wohlthäter und Bundesgenosse. Der „weiße Bar“ baue die Rußisch-Eisenbahn, die einen Theil afghanischen Gebietes durchschneidet und dessen Wohlfahrt dienlich sein würde. „Hören wir nicht auf gewisse übelgesinnte Ausländer, die Korruption auskultivieren pflegen, sondern laßt uns Freunde der Russen und ihrer Kaiser sein.“ Der Vertrag war in Petersburg als ein bemerkenswerther Erfolg der russischen Diplomatie betrachtet, die vorgehe, ihn angesichts des stärksten Widerstandes Großbritanniens geschlossen zu haben.

Da hätte ja die russische Diplomatie die Unternehmungen John Bulls durchkreuzt, der Afghanistan als Bedrohung Indiens betrachtet muß.

Die Wichtigkeit des Vertrages voranzugehen, hat England eine empfindliche Niederlage in Kabul erlitten, die gerade bei der schweren Krankheit des Emirs vorkam, voll werden kann. Daß sich, während Rußlands Einfluß gewachsen ist, der britische Einfluß in Afghanistan immer mehr mindert, trotz aller Nachgiebigkeit Englands, das vor einigen Jahren Kaschistan an den Emir abgibt, der die Bewohner ausrotten oder in die Sklaverei führen ließ, zeigte sich deutlich bei den Aufständen an der indischen Nordwestgrenze. Die afghanischen Afghids sperrten den Khyberpaß, der Mullah von Hadra mit seinen Swaks, Daksais und Mohmands bezog die Waffen und Munition von Ghulam Haider Khan, dem Oberbefehlshaber des Emirs in Dschellalabad, und die Flugschiffe des Emirs über den heiligen Krieg gegen die Ungläubigen entflammten den Fanatismus der Grenzstämme gegen die Engländer.

Rußland versucht jetzt durch planmäßiges Fortführen seiner großen strategischen Vohuen durch Persien und Afghanistan bis zum Golf von Oman, das heißt bis zum Indischen Ozean durchzudringen und gleichzeitig mittelst einer Bahnlinie Wladikawka Tabris-Bagdad quer durch Nordarabien seinen Weg zum Rothen Meer zu bahnen, um so Englands thatsächlicher Oberherrschaft über den Suezkanal die Spitze zu bieten.

Die Engländer sehen bereits ihre Stellung in Nord-Afghanistan bis Herat so sehr bedroht, daß einflußreiche Männer unter ihnen ihre Stimme zu Gunsten eines „Freundnachbarlicheu“ Abkommens erheben, daß Rußland das nördliche, wenn nicht ganze Afghanistan, und ebenso den Norden des persischen Reiches bis Teheran und Meshed überlassen würde.

Der Zweck dabei wäre, das schon heute unter englischem Einflusse stehende Baluchistan und das ganze südliche Persien Großbritannien zu wahren und damit die Russen vom Persischen Golf und Indischen Ozean abzuschneiden.

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(3. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Herr von Eckardt erhob sich und machte Anstalt, das Feld zu räumen. Doch Wuzell nahm ihn sogleich den Hut wieder aus der Hand und sagte: „Aber junger Freund, Sie werden doch nicht davonlaufen! Da müßten unsere beiden Fräuleins glauben, Sie hätten Sie vertrieben! Ich ziehe mich mit Frau von Verjen ein paar Minuten ins andere Zimmer zurück und Sie leisten den jungen Damen Gesellschaft.“

Der Major hielt die Thür für die Exzellenz offen und gab Rudolf einen leicht verständlichen Augenwink, bevor er selbst folgte.

Herr von Eckardt wollte als echter Amerikaner geradezu wegs auf sein Ziel losgehen! aber dennoch fühlte er sich von einiger Befangenheit nicht ganz frei, als er sich mit so plötzlich vor die Aufgabe gestellt sah, so ganz ohne die Begeisterung eines berausenden Augenblicks, so zu sagen auf den nüchternen Magen, einen Heirathsantrag zu machen. Er nahm wieder bei den Damen Platz, betrachtete sich das Futter seines neuen, grauen Hutes und suchte nach einem schicklichen und doch deutlichen Aufang.

Trudi, dieser Kobold, merkte aus seinen nachdenklichen Schweißgen sofort, daß die Atmosphäre zwischen den beiden elektrisch gespannt sei und hatte ihre heimliche Freude daran.

„Casside war doch ein süßes Geschöpf,“ rief sie ganz plötzlich, innerlich sichern, mit einer verhimmelnden Geste gegen das Bildniß des von Wuzell'schen Leibrosses gewendet. „Schwärmen Sie auch für Pferde, Herr von Eckardt?“

„Schwärmen? — Pferde? Ich? — nein! Ich schwärme überhaupt nicht!“ Rudolf zog seine Stirn in ärgerliche

Soziales und Partei-Leben.

Ein sozialer Nothstand. Einen Bericht über die Unterbringung der Kinder von Wanderarbeitern hat der Regierungspräsident in Marienthal eingeholt, weil es vorgekommen sei, daß diese sogenannten „Sachseugänger“ ihre Kinder während ihrer Abwesenheit zu Leuten in Pflege geben, die weder für die körperliche noch sittliche Entwicklung der Kinder sorgen. — Sollen die Kinder auf staatliche Kosten verpflegt und erzogen werden oder sollen die Sachseugänger genöthigt werden, ihre Kinder mitzunehmen, oder es ihnen schmerzlich werden, nach Sachsen zu gehen? Es wäre von großem Interesse, zu erfahren, was auf die angestellte Erhebung hin geschehen soll.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist noch immer ungewohntlich günstig. Trotz einiger bedrückender Momente, wie des hohen Geldstands, der Bestimmung der hiesigen Geschäftswelt Deutschlands gegenüber, wachst der Verkehr und hält sich der Kalenderverbrauch noch auf voller Höhe. Im Kohlenbergbau wie im Hüttenwesen und in der Eisenindustrie nimmt, wie in der Berliner „Wochenzeitung“ „Der Arbeitermarkt“ näher ausgeführt wird, die Zahl der beschäftigten Arbeiter trotz der Winterarbeiten in einer ungewöhnlich starken Anzahl von Werken an der Tagesordnung zu. Die ohnehin günstige Stimmung wird auch noch dadurch gefördert, daß die Lohnarbeiter ungenügend oder auch gar nicht beschäftigt sind. Namentlich der koloniale Verkehr zu den Weihnachtsfeiertagen hat das günstige Gepräge des Arbeitsmarktes gegen das Vorjahr noch schärfer hervortreten lassen. Auch die Konarbeiter sind bei der mäßigen Witterung zu einem großen Theil beschäftigt. Mehrere Nachschiffe sind nach dem Stande vom 1. Januar zum ersten Mal in der genannten Zeitschrift veröffentlicht worden. Nach den Ergebnissen der Arbeitsnachweisverwaltungen bewarben sich im Dezember um 100 offene Stellen 137,0 Arbeitssuchende gegen 153,3 im gleichen Monat des Vorjahres. Von 55 verglichenbaren Berichten weisen im Vergleich zum Vorjahr 34 (— 1 ausländischer) eine Zunahme und 18 (— 2 ausländischer) eine Abnahme des Andranges von Arbeitssuchenden auf. Abnahme: Posen, Frankfurt a. O., Kiel, Halle a. S., Queßlinburg, Esfurt, Gera-N., Hannover, Danabrück, Bielefeld, Dortmund, Köln a. Rh., M. Gladbach, Aachen, Kreuznach, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Worms, Kassel, Katern, Heidelberg, Freiburg i. B., Schopfheim, Offenburg, Mannheim, Rastatt, Ludwigshafen, Schw. Hall, Heilbronn, Ulm, Würzburg, Augsburg, München. — [Woz] Zunahme: Breslau, Berlin, Münster, Essen, Elberfeld, Düsseldorf, Trier, Gießen, Straßburg i. E., Lahr, Karlsruhe, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Eßlingen, Heilbrunn, Jülich, Nürnberg. — (Woz) Bern.

Die Unfallrenten unter Spionage. Nach langen Mühen und Kämpfen erst ist es manchem auf dem Schlachtfeld der Industrie zum Krüppel gewordenen glücklich, in den Bezug einer Rente zu gelangen. Oft genug mußte erst das Schiedsgericht und das Landes- oder Reichsversicherungsamt angerufen werden, um die Unfallberufsgenossenschaften zu veranlassen, den Anspruch der verunglückten armen Teufel anzuerkennen. Gar zu häufig

über wird den „Rentnern“ die ausgesetzte spärliche Rente wieder entzogen oder wenigstens noch weiter erheblich gekürzt. Daß dies ganz unmoralisch betrieben wird, ist schon das selbstredende Schriftstück, das vom „Offenburger Volksfreund“ veröffentlicht wird und folgenden Wortlaut hat:

Karlshöhe, 18 . . .
An den Vertrauensmann des . . . Bezirkes
Herrn

Wir beehren uns, Ihnen umstehend ein Verzeichniß der in Ihrem Bezirke anfalligen Verleihen, die zur Zeit im Genusse von Renten sind, zur gefälligen Kenntnisaufnahme ergehen zu überreichen. Wir bitten Sie, dieselben so weit als thunlich zu überwachen und uns, sofern nach Lage der Verhältnisse eine Verabänderung oder Aufhebung der Rente angezeigt erscheint, Mittheilung zu machen, worauf wir das Weitere veranlassen werden.

Geschiedend
Der Vorstand.
Folgt nun das genaue Signalement der im Bezirk vorhandenen Verleihen, Art, Tag und Ort des Unfalles, Höhe der Rente u. s. w.

Das Schweregehilfen bilden die beste Illustration zu dem besprochenen Lob, daß der deutsche Arbeiterversicherungsbund zu Wahlen und Wählungen gelangt wird, um die Arbeiter abzuhelfen, sozialdemokratische Streikmittel abzugeben. Manches anständliche Kruppel wird sich mit auch einen Rest auf seine Rentensicherung machen können.

Der Schmiede- und Maschinenarbeiterstreik in der Fabrik „Titan“ in Kopenhagen, an dem bekanntlich 200 Arbeiter theilhaftig sind, ist demnach entstanden, daß die Fabrik alle Arbeiterarbeit abschaffen und dafür eine ungenügende Stundenlohnzahlung, ohne mit den Arbeitern zu verhandeln, einführen wollte.

Der Streik der Cigarettenfortier und Sortierinnen bei der Firma Otto Peter in Breslau ist zu Gunsten der Arbeiter beendet; die Ausständigen nahmen die Arbeit wieder auf.

Eine Konferenz der Metallarbeiter für Hessen-Nassau, die am 14. Januar in Mainz tagte, sprach sich mit 31 gegen 14 Stimmen gegen die geplante Einführung der Arbeitslosen Unterstützung im Metallarbeiter-Verband aus.

Die Formier der Firma Söderberg & Co. in Stavanger bestanden sich mit 6 Wochen im Streik. Die Direktion hat einen Vorschlag zur Einigung zurückgewiesen und hat versucht, in Norwegen, Schweden und Dänemark Streikbrecher anzuwerben, jedoch ohne den geringsten Erfolg. Ein Agent, der sich auf der Reise nach Deutschland befindet, wird in nächster Zeit versuchen, dort Formier zu engagieren. Kollegen! Gelingt es der Direktion nicht, in Deutschland Ersatz zu bekommen, dann wird der Sieg uns sicher zufallen. Hoch die internationale Solidarität. Die streikenden Formier. Etwaige Anfragen sind zu richten an A. Nilsen, Stavanger (Norwegen), Doere Strandg. 107.

Der greise Senior der serbischen Sozialisten, der Parteigenosse Wasa Belagic, ist am 15. Januar im Gefängniß gestorben. Der widerträchtige Behandlung, mit der man den Veteranen quälte, hat seinen Tod beschleunigt. Die Arbeiterschaft nicht allein Serbiens, sondern auch Deutschlands trauert an seiner Bahre.

Zur Statistik der englischen Gewerkschaften. Nach dem Bericht des britischen Handelsamtes gab es Ende 1897 in England 1287 Gewerkschaften mit einer Mit-

Falten. „Entschuldigen Sie, Miß, Sie haben mich unterbrochen.“

„Unterbrochen? — Sie haben ja gar nichts gesagt.“

„Nein, aber ich dachte eben über etwas nach, was ich Ihrer Schwester sagen wollte.“

„I beg your pardon, Mister of Eckardt — Sie hören, ich kann auch sehr schön englisch! — Wieviel Zeit brauchen Sie noch zum Nachdenken?“

Sie erhob sich und stellte sich, die Hände auf dem Rücken verschränkend, vor die altmodische Stuhuh, die auf dem Gewehrschrank stand.

Rudolf mußte lachen. „O, ich denke es wird besser sein, wenn ich ohne Nachdenken sage, was ich will — wenn es auch nicht schön gesagt sein wird; denn mir ist die deutsche Muttersprache etwas fremd geworden da draußen, ich muß mich oft auf ganz gemeine Worte besinnen.“

„Dann thun Sie allerdings besser, sich gar nicht zu besinnen,“ lachte Asta.

Und Trudi neckte: „Da gehe ich wohl lieber hinaus?“

„Nein, Sie können ruhig bleiben. Was ich Fräulein Asta zu sagen haben, ist gar kein Geheimniß,“ entgegnete Rudolf ganz gelassen, da er nicht merkte, daß die Mädchen ihm seinen Sprachirritum aufmunten wollten.

„Ich wüßte auch nicht, was für Geheimnisse . . .“ begann Asta etwas unsicher und blickte Rudolf groß an.

„Doch, doch, Miß,“ fiel jener lebhaft ein. „Wir haben auf dem Bazar etwas miteinander abgemacht und Sie haben mir die Hand darauf gegeben, wissen Sie nicht mehr?“

„Ach, Sie meinen, daß ich Ihnen meinen Beistand versprochen in ihren Bemühungen, eine Frau zu finden?“

„Ei, das ist interessant,“ janzte Trudi höchst drollig, setzte sich geschwind nieder und zog den Stuhl ganz dicht an den Tisch.

„Haben Sie vielleicht gefunden — meine Frau, Miß Asta?“ Er rüdte der Schönen näher und sein warmer, ernster Blick suchte dem ihren zu begegnen.

„Leider nein,“ sagte Asta, leicht erröthend. „Ich sagte

Ihnen ja gleich, daß Sie an mir eine sehr schwache Verbindung haben würden. Wir kommen seit gar nicht unter Menschen. Neue Bekanntschaften, wenigstens unter jungen Mädchen, haben wir nicht gemacht, und von unsern alten Freundinnen paßt wirklich keine für Sie.“

Rudolf lehnte sich in seinen Stuhl zurück, ließ den Schnurrbart durch seine Finger gleiten und sprach: „Das müßte ich eigentlich bedauern, denn ich habe keine Zeit, noch lange zu suchen. Heute haben wir den zwölften Mai; wenn ich am ersten Juli nicht zurück bin, so verliere ich meinen Platz bei Jefferson und Jenkins, Buffalo. Und da die Lebensfahrt, wenn das Wetter recht günstig ist, doch vierzehn Tage nimmt, so habe ich nur noch vier Wochen Zeit zum Heirathen — inklusive Verlieben und Verloben.“

Asta lachte, äußerte belustigt durch seine geschäftsmäßige Darstellung, leise vor sich hin und Trudi klappte in die Hände und rief übermüthig: „Na denn nu mal aber ein bißchen Errath! Das Verloben geht übrigens furchtbar schnell, kann ich Ihnen sagen, Herr von Eckardt?“

„O ja, ich weiß! Das ist mir gar nicht schwer geworden!“

„Also in der Beziehung sind Sie schon so weit. Vom Verloben verstehe ich zwar noch nichts; aber für einen Mann kann das doch gar nicht so schwer sein.“

„Schwerer als ich glaubte — ich — ich — Miß Asta, Sie sollen mir sagen, ob die Dame, die ich liebe, die Rechte für mich ist, oder ob . . .“

„Oder ob er sich vorbei verliebt habe,“ ergänzte die naseweise Trudi und blickte mit den Augen, die vor Uebermuth förmlich Funken sprühten, zwischen den beiden hin und her.

„Wie kann ich denn so etwas sagen,“ meinte Asta verlegen. „Kenne ich denn die Betreffende überhaupt?“

„Sehr gut sogar — I guess,“ versetzte Rudolf und rüdte doch etwas verlegen mit seinem Stuhle hin und her. Ein flüchtiger Blick traf auch Trudi.

Und sie verstand sofort diesen Blick, führte in großer

Vollzähl von 1 609 906, davon waren 93 pCt. der
Männlichen und 7 pCt. weiblichen Geschlechts;
von den 119 776 weiblichen Mitglieder waren 91 pCt.
in der Baumwoll- und Textil-Industrie beschäftigt.
Während der sechs Jahre 1892-97 haben die hundert
größten britischen Gewerbetreibenden 9 220 620 Pfd. St. ver-
braucht und zwar 2 171 271 Pfd. St. bei Lohnver-
trägen, 5 466 900 an die arbeitenden und unterstützungs-
bedürftigen Mitglieder und 1 582 446 an Betriebs-
Ausgaben.

Meine Chronik.

Der erbliche Adel ist bekanntlich dem
Kommandeur des Eisenbahnpolizeiregiments, Oberst v. Schönbach, ver-
sehen worden. Zum Bekundnis dieser Nachricht theilt die „Post“
mit, daß Oberst Schönbach mit der ältesten Tochter des Freiherrn
von Stumm-Palberg verheiratet ist. Damit blühte das Ge-
schlecht der Adelsvererbung geklärt sein. Die Braut ist die
Nachkommin eines Stumm als „Arbeiter“ leben! — Geliebte
Frauen, so schreibt die „Kön. Volksztg.“, herrscht in den Kreisen
der höchsten Stenographen. Die neuen Abgeordneten im
Reichstag, namentlich die aus Süddeutschland, von denen bei der
Friedrichs-Interpellation nicht vier ihre Jungfernen hielten,
entkamen sich als Schullehrer ersten Ranges mit geradzun-
tunehmendem Zungenzschlag. Und dabei ist im Reichstage an
rühmlichen Rednern ohne Mangel. Früher sprach man viel
bedächtiger, formvollender, mit entsprechenden Worten. Ein Wüster
in dieser Beziehung waren die beiden Reichensberger. Heute geht
es bei den neuen Männern über Stock und Stein. Die Steno-
graphen und Berichterstatter müssen sehen, wie sie mitkommen.
Aufgehoben wurde auf mehrfache Beschwerden hin das poli-
zeiliche Verbot, Couplets über die Palatina-
reise des Kaisers in den Spezialitätentheatern zum Vortrag
zu bringen. Das Botpourri des Originalkomponisten Otto Kientler
über die Orientreise, das den Anstoß zu dem Polizeiverbot geboten
hatte, ist nun gleichfalls freigegeben worden. Die Ver-
bände hat sich nunmehr veranlaßt gesehen, von dem Aus-
schuß bestimmter Stoffe von der Behandlung in Couplet-
form, mangels einer geistlichen Handhabe hierzu, abzusehen und
sich lediglich auf die Prüfung der Couplettexte in den einzelnen
Fällen zu beschränken. Nun ist es alles wieder „in Ordnung“. —
Westraadet ist Montag Abend bei Helgoland das große
englische Volksspiel „Four Winds“, die aus 28 Per-
sonen bestehende Mannschaft des Schiffes wurde gerettet. — Am
Dienstag ist bei Helgoland nach ein englischer Viermaster ge-
sunkend und gesunken. Ein Boot mit 16 Mann der Be-
satzung des Leihers wurde durch einen Schiffsdampfer gerettet. —
Ein großer Uhrendiebstahl wurde in der Nacht zum
Freitag bei einem Uhrmacher in Hannover verübt. Die Diebe
haben die vor dem Schloßthor befindliche, sehr schön hochgehobene,
die Glascheibe eingeschlagen und dann aus dem Auslagenraum eine
 beträchtliche Anzahl Uhren entwendet. Der Gesamtwerth der ge-
räuberten Gegenstände beläuft sich auf ca. 5000 Mk. — Eine böse
Kassengeschichte. Als der Lehrling des Barbiers Moritz in
Zürich gehobelt bei Erbst der Arbeiter Klara saßte, wurde
eine plötzlich wahnsinnig, ergriff einen Stuhl und ließ
während auf den Neberrücken ein. Mit genauer Noth rettete sich
der Lehrling. Er ist schwer verletzt. Der Wahnsinnige wurde fest-
genommen. — Eisenbahnunfall. In Mainz ist am
Dienstag Vormittag ein neu angekaufter Eisenbahnwagen
über den Hofbahnhof gerollt. Der auf dem Wagen befindliche,
aus Mainz und vier Materialwagen bestehende Zug
stürzte in das Wasser. Das Zugpersonal rettete
sich durch Abspringen. — Vom Kameradschaftlichen
Geist. In der Schwesterstadt war es in der Kaserne des In-
fanterie-Regiments Kaiser Wilhelm, König von Preußen Nr. 120
in Ulm zwischen Soldaten zu einer Schlägerei gekommen, in
deren Verlauf der Musikleiter Werner aus Dettlingen einen solchen
Schlag mit einem Besenstiel auf den Kopf erhielt, daß er einen
Schädelbruch erlitt. In den Folgen dieser Verletzung ist Werner
nunmehr im Garnisonlazareth gestorben. — In Langen-
bielau ist plötzlich die Geistesstarre ausgebrochen und be-
ginnt sich gefährlich zu verbreiten. Ein junges Mädchen ist
bereits dieser gefährlichen Infektionskrankheit zum Opfer gefallen.
Die Behörden treffen Maßregeln zur energischen Bekämpfung der
Seuche. — Ein fideles Gefängnis. Aus Prag wird ge-
meldet: Vom 5. bis 9. Januar wurden in den Prager Vorstädten
zahlreiche Einbruchsdiebstahle verübt, ohne daß es der Polizei ge-
lungen wäre, den Tätern auf die Spur zu kommen. Erst vor-
gekommen wurde der Verdacht gegen zwei bereits abgeurtheilte Diebe
rege, welche sich zu derselben Zeit, zu der die Diebstahle ver-
übt worden waren, bei dem Bezirksgericht in Jizbka in Haft
befanden. Wie nun die Erhebungen ergaben, hat
einer dieser Sträflinge mit der Mith des Gefängnis-
wärters ein Liebesverhältnis angeknüpft. Diese überbrachte ihm
die Schlüssel des Gefängnisses, so daß er mit seinen Komplizen
zweimal des Nachts das Gefängnis verließ, Einbruchsdiebstahle
verübte, die gestohlenen Sachen noch in der Nacht verkaufte, sich in
Kaffee- und Wirthshäusern in der Nacht herumtrieb und Eisenwaren

und Ader in das Gefängnis zurückbrachte, ohne daß es von dem
Gefängniswärter bemerkt wurde. Die Mith des Gefängniswärters
wurde verhaftet, der Gefängniswärter suspendirt. — Ein entsetz-
licher Zufall ereignete sich in der Nacht zum Montag
2 Uhr Morgens in der Koenigsplatz in Weinberge. Vier
Lehrer überließen ohne Veranlassung einen deutschen
Lehrer Karl Wiberle aus Weimar und hielten ihn mit Seiden
nieder. Am wildensten gegerbete sich der geistliche Techniker
Franz Uhart. Der deutsche Student, der auf dem Boden hilf-
los lag, wurde mit Füßtritten traktirt. Er zog zum Schutze einen
Revolver und senkte 6 Schüsse ab. Er verletzete einen der Angreifer
leicht, den geistlichen Techniker Uhart, dem die Kugel in den
Bauch eindrang, tödtlich. Wiberle verließ sich in Haft.
Durch Benennung ist sicher gestellt, daß der deutsche Student
in der Nothwehr handelte, was auch geistliche Reigen be-
stätigen. Der Vorfall ereignete sich in der Stadt eine große Unruhe
hervor. Ein harkes Erbheben mit Schwünzungen von
H und West hat sich am Montag früh in Saarlauter er-
eignet. Einige Gebäude bekamen Mith und Fensterrahmen wurden
zerbrochen. Die Bevölkerung versetzt in Panik. Auch in anderen
bedeutungsvollen Ortschaften, wie Babul und Motril, wurden
Erdbeden wahrgenommen. Auch in der Gegend von Potten-
dorf (Niederrhein) wurden Montag Nacht vier heftige Erd-
stöße wahrgenommen. Dieselben verursachten ein homerisches
Krachen. Das Ende eines Kolonialkrieges. Das
Ladiz wird gemeldet: Der Dampfer Combe Quabito, der die
Räder von Christoph Columbus mit sich führt, ist Montag hier
eingetroffen. Columbus legte den Grund zur spanischen Kolonial-
herrlichkeit, um sie in die Welt zu setzen, heißt der große Seemehrer Mith
in die Aboptheimath zurück. — Stillsitzendes. Eine
empörende Unthat wurde in Termini bei Palermo begangen. Dort
erhielt der Professor an der technischen Schule, Evangelisti, einen
anonymen Brief mit dem Poststempel Palermo, in welchem man
ihm die baldige Ermordung seines einzigen Kindes auftrug. Am
Tage darauf fand er sein Schreiben vollständig verbrannt in
seinem Wohnzimmer vor. Es scheint, daß man das Kind mit
Schießpulver bestreut und dann das Pulver angezündet hat. Der
Eindruck dieser rachsüchtigen Schandthat ist unter der Bevölkerung
ein ungeheurer, zumal da Evangelisti allgemein beliebt ist, und man
auch nicht die geringste Spar von dem Thäter hat. Ein
Nacht der Stammen geworden ist am vergangenen Donnerstag
ein großes russisches Gut an der Memel, und zwar sind
14 Gebäude verbrannt. Ein 60-jähriger Mann, welcher
durch Krankheit aus Welt gesetzt war, und ein 3-jähriges
Kind sind in den Flammen umgekommen. Auch ein großer
Viehbestand und landwirthschaftliche Geräthe sind verbrannt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein in
Forst u. d. A. zugereister Schuhmacher geleit,
der gern ins Gefängnis wollte, stieß am
Freitag, als er vom Wirth, bei dem er eine kleine Beize
gemacht, zur Bezahlung aufgefordert wurde, mehrere
Majestätsbeleidigungen an, wodurch er seine
Zweck erreichte. — Wegen Majestätsbeleidigung wurden
auch eine Wirthin der „Schles. Bzg.“ in Preßlau
zwei Arbeiter verhaftet. — Wegen Majestätsbelei-
digung hatte sich in Berlin der Arbeiter Albert
Stendara vor der ersten Strafkammer am Land-
gericht II zu verantworten. Der Angeklagte ist ein
Polke und dabei ein gedankenloser Schwärzer.
Im November war in der Fabrik von Siemens u.
Palste in Charlottenburg, in welcher der Angeklagte
arbeitete, von dem Attentat die Rede, welches der
Italiener Ducheni an der Kaiserin Elisabeth verübt hat.
Der Angeklagte warf einige unflätige Nebenzerren da-
zwischen, die sich auf den Kaiser bezogen und billigte im
übrigen Ducheni's Thot. Es fand sich sofort ein Deum-
ciant und der Mann wurde in Untersuchungshaft genom-
men, wo er zwei Monate zugebracht. Wegen der Größ-
lichkeit der Beleidigung erkannte der Reichshof nach
dem Antrage des Staatsanwalts auf ein Jahr
Gefängnis.

Militärische Rechtsprechung. Konstantz. Auf An-
zeige eines entlassenen Reservisten wegen verschiedener Un-
regelmäßigkeiten in der 7. Kompagnie des hiesigen In-
fanterie-Regiments hatte die Militärbehörde eine
umfassende Untersuchung eingeleitet. Gegen den Kompagnie-
chef Hauptmann Fernow, sowie gegen die Feldwebel
Dörflinger, Schulz und Dimaler, ferner gegen den
Sergeanten Klingbein und gegen den Ankläger selbst,
Musikleiter Häberle, wurde Anklage erhoben. Häberle,
der sich in der Schweiz verheiratet, wurde bei der
nächsten Kontrollvernehmung, Dörflinger in der Nacht
von einer Fährten weg verhaftet, der Hauptmann außer
Dienst gestellt. Borge Woge fand in Freiburg i. B.

vor dem Kriegsgesicht die Verhandlung statt. Das Ur-
theil liegt der „Frankf. Bzg.“ zufolge dem Kaiser zur
Bestätigung vor. Es verurtheilt, der Angeklagte sei wegen
Nichterhaltung des Dienstweges, Verhinderung von Un-
regelmäßigkeiten während seiner aktiven Dienstzeit und weil
er nicht alle Weisungen befolgt habe, mit mehreren
Jahren Festung bestraft worden. Inwiefern außerdem
Strafen verhängt werden, ist z. B. noch „militärisches
Geheimniß.“ Bei dem Aufleben, das die Angeklagte
erregt, wäre eine amtliche Veröffentlichung über den Sach-
verhalt angemessen.

Eine ehrenhafte Frau zu Buchhaus verurtheilt. Die
Arbeiterwirthin Anna Schmitt hatte es nicht verstanden,
daß ihre Tochter Emma, ein 19-jähriges Mädchen, mit
ihrem Verlobten in intimen Verkehr trat. Sie wurde
deshalb wegen schweyer Kuppel vom Landgerichte
Hirschberg (Schl.) am 11. Oktober v. J. zu dem
Einsperrniss in ein Buchhaus verurtheilt.
Bemerkenswerthe hatte der Staatsanwalt
gegen dieses Urtheil zu Gunsten der Angeklagten
Klaviere eingeleitet, da festgestellt sei, daß die Ange-
klagte eine thätliche Verletzung von dem Verlobten
des jungen Paars nicht für Anlaß gehalten habe.
Daran mußte angenommen werden, daß der Angeklagten
das Bewußtsein gefehlt habe, die Anklage Verstoß zu
setzen, und es folgt daraus, daß die Angeklagte freige-
sprochen werden müsse. — Die Reichsgerichte verworfen
die Revision, da ein Verstoß in Bezug auf das Straf-
recht, wie es hier vorliegt, nicht besteht. Eine
einzige Kraft bleibt der unglücklichen Frau die Gehör-
samkeit, daß sie vielleicht in kurzer Zeit unzulässige
schwerste Arbeiter, die „zum Strafe an-
reizen“ als Zeugen führen um sich sehen wird und daß
damit das Geschick, das bisher mit der Buchhaus-
strafe verbunden war, im Volkswaßthum völlig ver-
schwindet.

Der Herr Pfarrer und der Herr Kommerzienrath.
Aus Darmen wird der „Volksztg.“ geschrieben: Vor
Kurzem wurde hier in mooses Restaurant „Zum Reichs-
hof“ eröffnet, dessen Wände mit Allegorien und andern
Bildern bemalt wurden. Aber sah da die Beschrei-
bung, die Gemüthlichkeit, die Fröhlichkeit und die Gehe-
samkeit umorisch dargestellt, und alle Welt erheute sich
an den unterhaltenden Leistungen des Künstlers. Aber
ach! „Es kam anders!“ Bald hatten einige Götter,
gute Uramontane, ein schweres Verbrechen entdeckt. Der
Künstler hatte sich unterhanden, zum Vertreter der
Gehegsamkeit einen katolischen Geist-
lichen auszuwählen. Man schlug nach bewährtem
Rezept Lärm, und der gute Wirth, ein Mann des Friedens,
ließ dem zudringlichen Geistlichen den Garaus machen.
Jetzt wird die Gehegsamkeit durch einen — Kom-
merzienrath vertreten. — Wir, wenn nun die
preussischen Kommerzienräthe Lärm machen? Willrecht
kann nicht eher Ruhe ein, als bis ein hochachtbarer
Magarier als Spahol der Gehegsamkeit von der
Wand herab lächelt.

Gerhart Hauptmann ist zum zweiten Mal in Wien
mit der höchsten literarischen Auszeichnung Oesterreichs,
mit dem Grillparzer-Preis bedacht worden.
Das Preisgericht, dem u. A. auch Erich Schmidt
und Paul Schönlank angehören hat einstimmig
„Führmanns Henschel“ für würdig erklärt. Der
Preis, welcher 2400 Gulden beträgt, ist nach der Be-
stimmung Franz Grillparzer's „für das relativ beste
deutsche dramatische Werk“ ausgesetzt, „welches
im Laufe des letzten Trienniums auf einer vornehmen
deutschen Bühne zur Aufführung gelangt ist und nicht
schon vor einer anderen Seite durch einen Preis aus-
gezeichnet worden ist“. Schon vor drei Jahren fiel der
Preis dem Dichter für „Dannel's Himelfahrt“
zu. Damals hat Hauptmann in dem unigen Dank-
schreiben angesprochen, wie tief ihm die Anerkennung
über den Wiberle des „Florian Weyer“ hinweggehoben
habe.

Sah ihr Tauchentuch an die Nase und rief in weinerlichem
Tone: „Uch! — so schreckliches Nasenbluten — schnell,
schnell!“ Und damit lief sie spornstreichs zum Zimmer
hinaus.

„Ich danke sehr, Miß Trudi!“ rief Rudolf dem drohenden
Mädchen nach und dann zu Alia gewendet: „Ja, sie hat
recht, die kleine Schwester — so etwas kann man nicht vor
Feinden herausbringen. — Fräulein von Lerken! — ich habe
die Frau, die ich mir mitnehmen möchte da hinüber, schon
gefunden. Die wunderschöne Holländerin aus dem Rathhaus-
saale habe ich Tag und Nacht nicht mehr aus dem Sinn be-
kommen. Erinnern Sie sich noch, was wir da zusammen ge-
sprochen haben? Ich weiß noch jedes Wort und ich hätte
Sie am liebsten gleich über den Tisch hinüber mit den ge-
stimmten Sachen gefragt: Ich sag, Miß, would mind becoming
meister Eckardt? Aber ich habe es nicht gethan, weil ich
leider gar nicht leichtsinnig bin, weil ich immer alles über-
lege und berechne, was ich thun will. Und da habe ich ge-
dacht: Ralph, old fellow, dont be silly, look about first. Well
— ich habe mir angesehen so viele Damen ich konnte; ich
habe gar nichts gethan, wie immer Damen anzusehen; schöne,
junge Fräulein, schwarze, blonde, kluge, dumme, reiche, arme,
tugendhafte und — im Gegentheil; aber diese Miß Alia stand
immer neben mir, mit dieser stolzen Nase und diesen lächelnden
Lippen — gerade wie Sie da sitzen, so standen Sie in meiner
Einbildung immer neben mir! — und wenn ich so eine schöne
Miß bewunderte und dachte: oh, she is rather nice after all!
dann machte Ihr Gespenst an meiner Seite nur immer so
mit dem Kopf und — die Miß war entlassen von mein Kopf
und mein Herz.“

„O, Herr von Eckardt, ich . . . Sie beschämen mich . . .
ich . . .“ schaltete Alia verlegen ein.
„Unterbrechen Sie mich nicht, Miß. Sie verderben meine

Rede.“ rief Rudolf mit einer abwehrenden Handbewegung.
„Ich spreche gerade so sehr gut deutsch. — Von allen diesen
Damen blieben Sie die einzige, die mir zu begreifen schien,
daß zum Leben wie zum Heirathen etwas mehr gehört, als
nur dressing, flirting und so weiter! Meine Ansichten wissen
Sie ja vom Heirathen, und was ich von Ihnen noch nicht
wußte, hat mir unser guter Major gesagt. Sie haben Ihr
Geld alles verloren, ich habe mir meins mit diesen Händen
verdient, und will jetzt für meine schöne, liebe Frau noch
viel mehr verdienen. Das Geld, das man sich hauer ver-
dient, macht viel größere Freuden, als das, welches man
von seinen Eltern ererbt hat. Mein Vater ist vor Gram
gestorben, weil ein leichtsinniger Jugendfreund ihn um das kleine
Vermögen gebracht hat, das er mir einmal hinterlassen wollte
— er hat mir das auf dem Todtenbett gesagt und ich habe
den Mann, den ich nicht kannte, tausendmal verdammt, wie
ich von der Schule und von der Heimath fort mußte in die
Neue Welt, — ohne Kadettenkorps mit Freistellen für arme
Blügel — wo ich mit meinen kleinen, weißen Händen um
mein bischen Brot so hauer arbeiten mußte, daß mir am
Abend alle Knochen wie zerklöpft waren. Aber jetzt bin ich
dem Schicksal gar nicht mehr böse, Fräulein Alia, denn ich
hab's durch eigne Kraft so weit gebracht, daß ich jetzt meine
Hände wieder pflegen darf und mit dem Kopfe arbeiten kann,
mehr vielleicht, wie so ein studirter deutscher Maschinen-
Ingenieur. Ich bin jetzt Werkstattdirektor bei Jefferson und
Jenkins, Buffalo — Gas-, Wasser- und Kanalisationsanlagen.
Warum fahren Sie zusammen, Miß Alia? Es ist ein sehr
gutes Geschäft, und ich kann mir so viel zurücklegen, daß ich
vielleicht selbst einmal eine Fabrik gründen werde.“

Er machte eine kleine Pause und athmete tief und er-
regt, während er sein Auge voll sehnsüchtiger Bewunderung
auf ihrem von lieblicher Röthe überflossenen Antlitz ruhen

ließ. Als sie aber den Mund öffnete, um zu reden, machte
er wieder seine abwehrende Bewegung und fuhr mit leise
bedenkendem Tone fort: „Sie wissen, Miß, ich bin herüber-
gekommen, um mir eine deutsche Frau zu holen. Ich habe
unterwegs auf dem Steamer ein paar deutsche Bücher ge-
lesen. Liebesgeschichten, weil ich sehen wollte, wie man im
alten Lande Liebe macht. Ich weiß nicht, ob Sie das auch
sehr schön finden, was in diesen Novellen von Liebe steht.
Mir kam es wie ein großer Humbug vor. Die unwidersteh-
lichen deutschen Liebhaber haben alle den kleinen Katechismus
schlecht gelernt, wo doch drin steht: Du sollst nicht schwören,
zaubern, lügen oder trügen im Namen Gottes — oder im
Namen der Liebe, was alles dasselbe ist. Ich will nicht
schwören, liebe Miß, ich kann Sie auch nicht bezaubern, wie
die schönen Offiziere in den bunten Uniformen — aber lügen
und trügen kann ich noch viel weniger. Ich bin wahrsein-
lich anders, wie alle jungen Herren, die Sie kennen — und
Sie sind anders, wie alle jungen Damen, die ich kenne;
ich wäre so glücklich, Sie zu besitzen und wollte so sehr
gerne Sie auch glücklich machen, und darum glaube ich —
daß ich Sie sehr lieb habe, Alia! — Nun können Sie
sprechen.“

Sie war tief bewegt und vermochte nicht sogleich zu
antworten. Sie erhob sich und trat langsam ans Fenster.
Rudolf folgte ihr und blieb zwei Schritte hinter ihr stehen,
seines Schicksals harrend.
Da wendete sie sich zu ihm.
Ihre Augen glänzten feucht und sie streckte ihm beide
Hände entgegen.
„Lassen Sie uns einander die Hände drücken, wie gute
Freunde, damit wir uns recht verstehen,“ sagte sie mit
innigem Tone.
(Fortsetzung folgt.)